Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 32.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1589. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 170. **Sonnabend, 23. Juli 1927, abends.** **80. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintritts von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 88 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Wille zur Macht.

Von einem rumänischen Korrespondenten.

gn. Aeußerlich macht Bukarest einen völlig ruhigen Eindruck. In den Straßen herrscht die übliche Ordnung. Die Zeitungen geben sich die größte Mühe, der allgemeinen Besorgnis vor bevorstehenden Unruhen entgegenzutreten, die Regierung läßt täglich zweimal versichern, daß sie fest im Sattel sitzt. Aber man kann sich des leisen Mißtrauens nicht erwehren, daß das Kabinett Bratianu trotz oder gerade wegen seiner vielen Beteuerungen, das ganze Land stehe hinter ihm, seiner Sache selbst nicht ganz sicher ist. Und es tut gut daran, nicht allzu vertrauensvoll in die Zukunft zu blicken. Gewiß, Bratianu verfügt nach den letzten Wahlen im Parlament über eine sichere Mehrheit. Aber es ist in Rumänien genau wie auch anderswo: das Parlament ist noch lange nicht das Volk. Mögen die Bürger in Bukarest und in den kleineren Landstädten der liberalen Regierung zujubeln, die Mehrheit des rumänischen Volkes besteht noch immer aus Bauern. Und auf dem flachen Lande will man weder von Bratianu noch von einem seiner Minister das geringste wissen. Man komme einmal in die Hütten der Dobrudscha und Bukowina, in die Bauernhäuser Siebenbürgens und Bessarabiens! Fast in jeder der niedrigen Stuben hängt irgendein schlechter Stich des Kronprinzen Carol an der Wand. Was wissen die Leute von morganatischer Ehe und Thronverzicht und Erbvertrag! Für sie ist Carol der rechtmäßige König und Bratianu ein Diktator, ein Tyrann, der sich die Macht erschlichen und den rechtmäßigen Herrn des Landes mit Gewalt ferngehalten hat. Manches an dieser primitiven Denkungsweise stimmt natürlich nicht, im Kern aber hat sie nicht ganz unrecht. Denn es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß Bratianu ein kühnes Spiel auf lange Sicht getrieben und es verstanden hat, in dem Augenblick wieder aus der Versenkung emporzutauchen, als die Dinge zur Entscheidung herangereift waren. Gewiß, dieser rumänische Bismarck liebt sein Land wie nur einer, mehr noch aber liebt er die Macht, ohne die er nicht leben und arbeiten kann.

Die Macht aber liebt auch die kluge Königin Maria. Sie ist offiziell ausgeschaltet, und auch ihre Hoffnung, durch ihren zweiten Sohn Nikolaus den Regentschaftsrat zu beherrschen, dürfte sich als irrig erweisen, da Bratianu schon dafür gesorgt hat, daß in diesem Regentschaftsrat zwei liberale Stimmen dem Votum des Prinzen Nikolaus gegenüberstehen. Die Königin wird sich also zunächst damit begnügen müssen, auf den Tag zu warten, da ihre Chancen günstiger stehen. Vorläufig muß sie zufrieden sein, wenn ihr der Schein der Macht gelassen wird. Es ist eine leere Demonstration, wenn sie an Bratianu ein Schreiben richtet, in dem sie ihm ihre Unterstützung zusagt. Wie die Dinge augenblicklich liegen, ist der Ministerpräsident auf ihre Unterstützung nicht angewiesen und sobald er das einmal sein wird, weiß er ganz genau, daß die Königin ihn nicht unterstützen, sondern stürzen wird. Aber das steht noch dahin. Kritisch könnte es für Bratianu nur werden, wenn Königin und Prinz Carol den Weg zueinander finden würden — ein Faktum, das vorläufig gänzlich ausgeschlossen scheint. Maria denkt gar nicht daran, ihrem Aeltesten den Weg in die Heimat zu ebnen, da dies gleichbedeutend mit dem Ende ihrer ehrgeizigen Pläne sein würde. Er hat sie in einem Telegramm flehentlich gebeten, doch ihren Einfluß zu seinen Gunsten aufzuwenden, damit er wenigstens an dem Begräbnis seines Vaters teilnehmen könne. Sie hat ihm überhaupt nichts darauf geantwortet und nicht das geringste dagegen eingewendet, daß die Beerdigung des Königs schon am Sonntag stattfindet.

Im übrigen scheint auch Prinz Carol eingesehen zu haben, daß seine Zeit noch nicht gekommen ist. Er sitzt in seiner Villa bei Neuilly und hat seiner Dienerschaft Anordnung gegeben, keinen Menschen zu ihm zu lassen. Nur einen empfängt er: seinen Rechtsberater, den klugen Paul Boncour, der bekanntlich nicht nur als Anwalt, sondern auch als Politiker einen Namen hat. Er wird die Aufgabe haben, den Prinzen darüber zu trösten, daß er nicht nur des Thrones seiner Väter, sondern überhaupt seines Erbteils verlustig gegangen ist. Das jetzt eröffnete Testament König Ferdinands hat nämlich ergeben, daß Prinz Carol durch ein nachträglich angefügtes Kodizill aufs Pflichtteil gesetzt worden ist. Allzu groß wird die Summe also nicht sein, die er in Geld und Effekten ausgezahlt bekommt, und es scheint, als wenn der kluge König bereits vorsorglich in Erwägung gezogen hat, daß allzu viel Geld in den Händen eines Kronprätendenten manchmal zu Zwecken angewendet wird, die dem Erblasser keineswegs erwünscht wären. Immerhin möge man sich nicht darüber täuschen, daß Carol auch ohne Geld in Rumänien noch Anhänger hat. Das wäre anders, wenn sein Sohn, der rechtmäßige König, schon erwachsen wäre. Aber es will den rumänischen Bauern nicht in den Sinn, daß der Titel „Seine Erhabenheit", mit dem in Rumänien der König angeredet wird, nun einem fünfjährigen Kinde zukommt. Diese rein gefühlsmäßige Einstellung arbeitet für den Prinzen Carol vielleicht besser als Gold es tun könnte.

Unmittelbar entscheidend werden zunächst zwei Faktoren sein. In ganz Rumänien sieht man der Erklärung, die der Führer der nationalen Bauernpartei Maniu am Montag im Parlament abgeben wird, mit allergrößter Spannung als einem Ereignis von weitreichendster politischer Bedeutung entgegen. Stellt auch er sich hinter Bratianu, so ist die Stellung des Ministerpräsidenten zunächst unangreifbar geworden. In diesem Fall könnte nur noch die Wirtschaftskrise, unter der Rumänien leidet, Gefahren bergen. Alle Versuche, Auslandskredite zu erlangen, sind bis jetzt in Anbetracht der unsicheren rumänischen Verhältnisse fehlgeschlagen. Hier hängt das eine von dem anderen ab. Sagt der Führer der Bauernpartei Bratianu seine Unterstützung zu — und man will wissen, daß er es tun wird — so dürfte nach meinen Informationen der rumänische Finanzminister schon in nächster Zeit in Berlin erscheinen, um von hier aus Verhandlungen über eine Anleihe für Rumänien anzuknüpfen. Gelingt auch das, so werden die Königin wie auch Prinz Carol ihre Hoffnungen, die Thronfolge noch einmal in ihrem Sinne zu regeln, begraben müssen.

Die Untersuchung der Vorfälle in Wien.

Wien. (Funkspruch.) Interessant ist die Feststellung, daß nahezu 50 Prozent der Verhafteten schwer vorbestrafte Verbrecher sind, darunter einer wegen Brandlegung mit 5 Jahren Gefängnis und ein anderer wegen Mordversuchs mit vierjähriger Kerkerhaft. Die Untersuchung der politischen Zusammenhänge erstreckt sich dem Neuen Wiener Tageblatt zufolge auf die Agitation von kommunistischer Seite und auf die Hintermänner jener Provokateure, welche bei der Demonstration die Arbeiterschaft verhetzt und durch ihr agressives Vorgehen gegen die Wache deren Einschreiten veranlaßt haben. Diese Provokateure haben auch das Kommando zum Sturm auf die Wachtstube und auf den Justizpalast sowie die Aufforderung zu den Brandlegungen gegeben. Es scheint klar, daß tatsächlich ein Plan vorgelegen hat. Eine Anzahl von Zeugen könne bekunden, daß am vergangenen Freitag wie auch am Sonnabend ein regelrechter Stafettendienst zwischen den Schauplätzen der blutigen Ereignisse und gewissen bolschewistischen Personen organisiert war, die sich in Wien aufhalten.

Gemeinderatssitzung in Wien.

)(Wien, 22. Juli. Die Gemeinderatsdebatte über die Wiener Ereignisse hat heute nachmittag begonnen und im Allgemeinen einen ruhigen Verlauf genommen. Auch die Galerie verhielt sich vollkommen ruhig. Die Verhandlungen zwischen der Mehrheit und der Minderheit, die Tendenz zur Beruhigung erkennen ließen, hatten drei Dringlichkeitsanträge zum Gegenstand und zwar einen sozialdemokratischen auf Einsetzung eines sechsgliedrigen Untersuchungsausschusses mit Rücksicht darauf, daß die Regierung eine parlamentarische Untersuchung der Wiener Vorfälle nicht wünsche, weiter einen Antrag auf Ueberprüfung der Gerüchte, wonach während der Tumulte aus dem Rathaus geschossen worden sei, endlich ein Antrag auf Auflösung der Gemeindeschutzwache.

Um ½7 Uhr abends wurde über die Dringlichkeitsanträge abgestimmt. Angenommen wurden beide Anträge auf Einsetzung von Untersuchungsausschüssen und ein sozialdemokratischer Zusatzantrag, dem Bürgermeister für seine Haltung in den kritischen Tagen Dank und Vertrauen auszusprechen und ihn aufzufordern, dem Gemeinderat die notwendigen Vorlagen zur Durchführung der von ihm getroffenen verschiedenen Maßnahmen zugehen zu lassen. Ein Gegenantrag der christlich-sozialen Minderheit, dem Bürgermeister das Mißtrauen auszusprechen, wurde abgelehnt. Schließlich wurde auch der Antrag des Führers der Christlich-Sozialen Gemeinderats-Fraktion, Kunschak, auf Auflösung der Gemeindeschutzwache, ebenfalls abgelehnt. Die Ergebnisse der Abstimmungen nahmen beide Parteien in voller Ruhe auf.

Sitzung der christlich-sozialen Gesamtparteileitung.

)(Wien, 22. Juli. Die christlich-soziale Gesamtparteileitung Oesterreichs und der Vorstand des Clubs der christlich-sozialen Nationalräte und Bundesräte hielt heute eine gemeinsame Sitzung ab. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die christlich-soziale Partei die Vorkommnisse der vergangenen Tage auf das tiefste beklagt, den Opfern der blutigen Vorfälle ihre innige Anteilnahme ausdrückt und der Regierung für ihre Haltung während der Unruhen Dank und Vertrauen ausspricht und erklärt, die Maßnahmen der Regierung, die eine Wiederkehr solcher Ereignisse unmöglich zu machen versprechen, voll und ganz unterstützen zu wollen.

Neuer Brand in den Ruinen des Wiener Justizpalastes.

* Wien. (Telunion.) Gestern nachmittag brach in den Ruinen des Justizpalastes an der Rückfront erneut ein Feuer aus. Zuerst sah man aus dem noch immer nicht aufgeräumten Schutt Rauch aufsteigen, dem alsbald hoch aufschlagende Flammen folgten. Sofort sammelte sich eine große Menschenmenge an. Nach etwa halbstündiger Arbeit der Feuerwehr konnte das Feuer niedergeschlagen werden. Es war dadurch entstanden, daß der heftige Sturm die noch immer glimmenden Balken zum Brennen brachte. — Auf diesen Brand dürften die Gerüchte über neue Unruhen in Wien, die nachmittags in Berlin verbreitet waren, zurückzuführen sein.

Die Opfer der Wiener Unruhen.

)(Wien. Das Befinden der in den Krankenhäusern untergebrachten schwerverletzten Opfer der Unruhen hat sich gebessert. Es besteht die Hoffnung, daß alle mit einer einzigen Ausnahme gerettet werden können.

Die Wiener Polizeidirektion zu den Vorwürfen der Arbeiterzeitung.

)(Wien. In einem Communiqué nimmt die Polizeidirektion heute mittag zu der im Leitartikel der Arbeiterzeitung vom 22. Juli sowie in einer in derselben Nummer der Arbeiterzeitung veröffentlichten Kundgebung der Gendarmeriegewerkschaft aufgestellten Behauptung Stellung, die Sicherheitswache habe bei ihrem Einschreiten am 15. Juli Schießbenschuß- und Jagdmunition sowie Gewehrpatronen mit Dum-Dum-Wirkung verwendet, und erklärt dazu: Diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. **Die von der Sicherheitswache verwendete Munition ist ausschließlich den Beständen des Heeresministeriums entnommen** und entspricht der normalen österreichischen **Mannlicher-Gewehrmunition Muster 88.** Es ist eine bekannte Tatsache, daß Gewehrgeschosse, die auf Granitplatten aufprallen und dann erst in Körper dringen, eine schwerere Wirkung hervorrufen als die direkten Treffer. Schließlich weist die Polizeidirektion darauf hin, daß während der Demonstration am 15. Juli zwei Waffenhandlungen von Demonstranten vollkommen ausgeplündert wurden und von den Plünderern nicht allein Waffen, sondern auch eine große Menge schwerer Jagdmunition weggeschleppt und offenbar dann von den Schießenden verwendet worden seien. Trotzdem dieser Sachverhalt bereits einwandfrei festgestellt worden ist, hat der Polizeipräsident eine besondere Kommission, bestehend aus dem Vizepräsidenten der Polizeidirektion, einem Munitionssachverständigen des Heeresministeriums und einem amtlich bestellten Sachverständigen vom Schieß- und Sprengmittelfach, zur eingehenden Untersuchung der erhobenen Vorwürfe bestellt.

Der Reichspräsident wieder in Berlin.

* Berlin. (Telunion.) Reichspräsident **von Hindenburg** traf am Freitag nachmittag nach mehrtägigem Aufenthalt auf dem Rittergut Groß-Justin seines Schwiegersohnes, Landrat a. D. von Brockhusen, wieder in Berlin ein.

Besuch des Reichsrats in Koblenz.

X Koblenz. Der Reichsrat wird am 26. d. M. der Koblenzer Rheinausstellung einen Besuch abstatten. Nach Besichtigung der Ausstellung ist eine Autorundfahrt durch Koblenz mit Besichtigung der Sehenswürdigkeiten und der Bauten für Besatzungszwecke vorgesehen. Um fünf Uhr nachmittags werden sich die Gäste an Bord des Regierungsdampfers „Preußen" begeben, wo sie Oberpräsident Dr. Fuchs willkommen heißen wird. Auf der Fahrt werden Vorträge über Fragen der Rheinstromregulierung und der Rheinstrombauverwaltung gehalten werden. Für den nächsten Vormittag sind Vorträge der leitenden Herren des Vereins zur Wahrung der Rheinschiffahrtsinteressen vorgesehen und gegen mittag eine Autofahrt zum Kloster Maria Laach. Im Anschluß daran wird der Reichsrat dem Nürburgring einen Besuch abstatten. Um 8 Uhr abends wird von Koblenz aus die Rückreise nach Berlin angetreten werden.

Sauerwein für ein neues Locarno.

Paris. (Funkspruch.) Der Außenpolitiker des Matin Sauerwein tritt heute in einem Artikel für die Ausdehnung der Abkommen von Locarno auf Mitteleuropa und den Balkan ein und schreibt u. a. Frankreich kann seine Truppen nicht vom Rhein zurückziehen, weil über Nacht in Europa eine solche Lage eintreten könnte, daß das einzige Mittel Frankreichs, einen Druck für den Frieden auszuüben, gerade diese Rheinlandbesetzung ist, obgleich sie im Widerspruch zum Geiste von Locarno steht. Da Frankreich sich in einer sehr schwachen Lage befinden würde, wenn es während der Jahre, die noch zur Stabilisierung Europas nötig sind, das Pfand der Rheinlandbesetzung aus der Hand gäbe, so liegt es im Interesse aller, daß die Probleme des europäischen Friedens schon von diesem Sommer ab zwischen den Mächten behandelt werden. Man muß wie in Locarno vorgehen, d. h. außerhalb von Genf die interessierten Nationen vereinen. Am Sitze des Völkerbundes ist die Verwaltungsmaschine zu schwerfällig und es sind vielleicht Schikanen möglich.

Belgien will nicht mehr antworten.

* Brüssel. (Telunion.) Ministerpräsident **Jaspar**, Justizminister Hymans und Heeresminister de Broqueville konferieren über die letzte deutsche Antwortnote. Vandervelde befindet sich bekanntlich augenblicklich nicht in Brüssel.

In offiziellen Kreisen sagt man, daß **die belgische Regierung nicht beabsichtige, die letzte deutsche Note zu beantworten. Das Brüsseler Kabinett halte seine Haltung in der Streitfrage mit Deutschland aufrecht.**